

malisierung der Beziehungen zur DDR, einschließlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der Aufnahme der DDR in die UNO, zu fördern

- ihren berechtigten Anspruch auf gleichberechtigte Mitgliedschaft in der IPU durchzusetzen, die Bestrebungen der Parlamentarier zu unterstützen, die sich dafür einsetzen, die IPU zu einer internationalen Organisation, die dem Frieden und der Lösung internationaler politischer Probleme dient, zu entwickeln und selbst einen aktiven und konstruktiven Beitrag in dieser Arbeit zu leisten.

Ausgehend von diesen Zielsetzungen, orientiert die Generalversammlung der IPG der DDR das Komitee und seinen Vorstand sowie alle Mitglieder der IPG auf folgende Schwerpunkte bei der Lösung der Aufgaben:

1. Die freundschaftlichen Beziehungen der IPG der DDR zu den parlamentarischen Gruppen der sozialistischen Staatengemeinschaft und ihre dem Aufbau des Sozialismus und der Sicherung des Friedens dienende Zusammenarbeit sind zu festigen. Dabei ist der Erfahrungsaustausch über Aufgaben und Methoden in der Tätigkeit der parlamentarischen Gruppen unserer Länder stärker zu entwickeln.

Der Vorstand wird beauftragt, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten und mit den Leitungen der parlamentarischen Gruppen der sozialistischen Länder Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zu treffen.

Die feste Verankerung der DDR im Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft erfordert weiterhin eine ständige und von den gemeinsamen Interessen ausgehende Abstimmung und Koordinierung der interparlamentarischen Aktivitäten der DDR mit den parlamentarischen Gruppen der sozialistischen Staatengemeinschaft. Das betrifft besonders Fragen

- der Gewährleistung der europäischen Sicherheit und der diesem Ziel dienenden Aktivitäten der Parlamente (z. B. gemeinsame Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Parlamentarierkonferenzen während der Ostseewochen zusammen mit den parlamentarischen Gruppen der UdSSR und der VR Polen, Konferenzen im Rahmen der IPU mit allen sozialistischen parlamentarischen Gruppen usw.)
- der Arbeit mit den Parlamenten und den nationalen parlamentarischen Gruppen in den kapitalistischen und Entwicklungsländern
- des gemeinsamen Kampfes für die gleichberechtigte Mitgliedschaft der DDR in der IPU, der Mitarbeit der sozialistischen Länder in dieser internationalen Organisation.

Der Vorstand wird beauftragt, zu diesen Fragen entsprechende Vorschläge und Vorstellungen auszuarbeiten, zu den konsultativen Bera-